

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Thema der Woche

- [UN-Klimagipfel in Bonn](#) 2

#### Neues aus den Institutionen

##### Europäisches Parlament

- [Besserer Informationsaustausch im Rahmen des Schengener Informationssystems](#) 3
- [Abgeordnete debattieren über Rechtsstaatlichkeit in Polen](#) 3

##### Rat der Europäischen Union

- [Treffen der Eurogruppe](#) 4
- [Rat Wirtschaft und Finanzen u.a. zum Thema Mehrwertsteuer-Paket](#) 4
- [Rat Landwirtschaft und Fischerei u.a. über handelsbezogene Agrarfragen](#) 5

##### Europäische Kommission

- [Künftige GAP ohne große Veränderungen](#) 6
- [Bericht über Wirksamkeit des EU-Globalisierungsfonds](#) 6
- [Tag der Lohngleichheit](#) 7

##### Sonstiges

- [EU-Reaktionen zu „Paradise Papers“](#) 8
- [Bericht warnt vor Gesundheitsgefahren des Klimawandels](#) 8
- [Erzeugerpreise in der EU um 0,6% gestiegen](#) 9
- [Gutachten über den Abbau von Antibiotikaresistenz](#) 9

##### In eigener Sache

- [Besuch von Wirtschaftsdelegation und Standortagentur Tirol](#) 10
- [Filmvorführung „Zersplitterte Nacht“](#) 11

##### Ihre Stimme in Europa

- [Laufende Konsultationen](#) 12

**Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen** 13

**Tagesordnungen der Institutionen** 14

**Impressum und Abbildungsverzeichnis** 14

Vertretung der Europaregion  
Tirol-Südtirol-Trentino  
bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel*  
*Rue de Pascale 45*  
*B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00*  
*Fax: 0032 2 742 09 80*  
*E-Mail: info@alpeuregio.eu*



# Thema der Woche

## UN-Klimagipfel in Bonn

Vom 6. bis zum 17. November 2017 findet in Bonn die [23. UN-Klimakonferenz](#) statt. Dort sollen Schritte gesetzt werden, um die Beschlüsse des [Weltklimavertrags von Paris](#) in entsprechenden Durchführungsleitlinien zu verankern. Die EU wird in erster Linie durch Klimapolitik-Kommissar Miguel Arias Cañete und durch Siim Kiisler, den Umweltminister der Estnischen Ratspräsidentschaft, vertreten.



Die Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen treten einmal jährlich auf hoher Ebene zusammen, um zu erörtern, wie der internationale Klimaschutz vorangebracht werden kann. Die 23. Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (COP23) findet unter dem Vorsitz von Fidschi statt.

Im Mittelpunkt der Konferenz steht die Frage, nach welchem Verfahren Staaten ihre bislang unzureichenden Klimaziele erhöhen sollen. Zu diesem Zweck werden die teilnehmenden Regierungen weitere Details zur Anwendung des Pariser Abkommens von 2015 ausarbeiten. Darauf aufbauend soll dann beim nächsten Klimagipfel Ende 2018 in Katowice (Polen) ein sog. „Regelbuch“ verabschiedet werden.

Die EU erwartet für die 23. Klimakonferenz bspw. Fortschritte in Bezug auf das gemeinsame Transparenz- und Rechen-

schaftssystem, das den Vertragsparteien ermöglicht, ihre Fortschritte an den langfristigen Zielen zu messen. Es geht auch um den fünfjährigen Zyklus zur Überprüfung des Ambitionsniveaus (der bewirken soll, dass die Länder nach und nach ihre Beiträge erhöhen). Zudem soll auch eine erste Bestandsaufnahme für das kommende Jahr vorbereitet werden. Ein besonderer Schwerpunkt wird ebenfalls auf der Kompensation für Verluste und Schäden liegen, die Opfer des Klimawandels erleiden. Weitere Punkte sind Emissionsreduktionspläne, Finanzierung und Technologien.

Auch die USA werden am Klimagipfel teilnehmen, obwohl Präsident Trump heuer den Ausstieg seines Landes aus dem Paris-Abkommen angekündigt hat. Da der Ausstieg formell erst 2020 möglich ist, sind die USA bei Klimagipfeln bis zu diesem Zeitpunkt präsent.

[Mehr Informationen](#)



# Europäisches Parlament

## Besserer Informationsaustausch im Rahmen des Schengener Informationssystems

**Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) hat Maßnahmen zur Modernisierung des Schengener Informationssystems (SIS) angenommen. Damit soll der Kampf gegen Terrorismus, grenzüberschreitende Kriminalität und illegale Immigration intensiviert werden.**

Mit dem modernisierten SIS werden die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, Details eines Terroranschlags unverzüglich den anderen Mitgliedstaaten zur Verfügung zu stellen. Eine weitere Maßnahme stellt ein Frühwarnsystem dar, das über gefährdete Kinder informieren soll (z.B. zur Verhinderung von Kindesentführungen). Der LIBE-Ausschuss fordert des Weiteren die obligatorische Weitergabe von Fingerabdrücken, Gesichtsbildern und DNA-Informationen an nationale Strafverfolgungsbehörden.

Zudem soll über Maßnahmen im Zusammenhang mit der Rückkehr von illegalen Migrantinnen und Migranten in ihr Heimatland besser berichtet werden.

Mitgliedstaaten sollen deshalb die Verpflichtung haben, alle Rückkehrentscheidungen in das SIS einzutragen. Ein neues Warnsystem soll außerdem die nationalen Behörden darüber informieren, ob der Zeitraum, währenddessen die Rückkehr freiwillig vorgenommen werden kann, bereits abgelaufen ist.

Sobald das Plenum der Position des LIBE-Ausschusses zustimmt, können Gespräche mit den EU-MinisterInnen beginnen, um eine Einigung zu erzielen.

[Mehr Informationen](#)

## Abgeordnete debattieren über Rechtsstaatlichkeit in Polen

**Der Vizepräsident der Kommission, Frans Timmermans, sprach mit den EU-Abgeordneten über die aus rechtsstaatlicher Sicht problematische Justizreform in Polen und sieht im Moment keine Möglichkeit eines Dialogs.**

Mit der Abgabe einer mit Gründen versehenen Stellungnahme leitete die Europäische Kommission am 12. September die zweite Phase des Vertragsverletzungsverfahrens gegen Polen ein. Darin beanstandet sie das Gesetz über die ordentlichen Gerichte. Beispielsweise wird die Unabhängigkeit der polnischen Gerichte angezweifelt, weil es dem Justizminister erlaubt ist, die Amtszeit von RichterInnen nach Erreichen des Pensionsalters nach eigenem Ermessen zu verlängern.

Timmermans zufolge stellen die Eingriffe der polnischen Regierung ins Justizsystem eine "systemische Bedrohung" dar. Der mangelnde Wille Polens, in einen Dialog einzutreten, wird von der Kommission bedauert.

Sollte Polen keine Änderungen am Gesetz vornehmen, ist mit einer Vertragsverletzungsklage der Kommission vor dem EuGH zu rechnen.

[Mehr Informationen](#)



# Rat der Europäischen Union

## Treffen der Euro-Gruppe

**Am 6. November fanden sich die FinanzministerInnen der EU-Mitgliedstaaten in Brüssel ein. Das Treffen der Eurogruppe fand dabei in zwei Formaten statt: Der erste Teil war ein regelmäßiges Treffen der MinisterInnen des Euroraums. Der zweite Teil war ein Treffen der MinisterInnen von 27 EU-Mitgliedstaaten mit dem Ziel, den Euro-Gipfel im Dezember vorzubereiten.**

Die Euro-FinanzministerInnen wurden zunächst durch die Vorsitzende des Aufsichtsgremiums der Europäischen Zentralbank (EZB), Danièle Nouy, und durch die Vorsitzende des Einheitlichen Abwicklungsausschusses, Elke König, über ihre Aktivitäten in den vergangenen Monaten informiert. Im Anschluss tauschten sich die MinisterInnen über nationale Verfahren in Bezug auf öffentliche Investitionen in Humankapital, insbesondere über den effizienten Einsatz von Mitteln in den Bildungssystemen, aus. In weiterer Folge unterrichteten die Institutionen die

Eurogruppe über die laufende dritte Überprüfung des makroökonomischen Anpassungsprogramms betreffend Griechenland.

Die FinanzministerInnen aller EU-Mitgliedstaaten diskutierten zuletzt noch über die Vollendung der Bankenunion und die Zukunft der haushaltspolitischen Steuerung in der EU.

[Mehr Informationen](#)

## Rat Wirtschaft und Finanzen u.a. zum Thema Mehrwertsteuerpaket

**Beim Treffen der EU-FinanzministerInnen am 7. November ging es u.a. um das Mehrwertsteuerpaket und die gemeinsame EU-Liste der nicht kooperativen Steuerhoheitsgebiete.**

Im Mittelpunkt des Treffens standen Diskussionen über die Vorschläge zur Umgestaltung der Mehrwertsteuerregeln, mit denen der elektronische Handel bzw. Online-Unternehmen besser unterstützt werden sollen. Als Teil der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt sollen diese Vorschläge den Erwerb und Verkauf von Waren und Dienstleistungen im Internet erleichtern. Über die endgültigen Vorschriften konnten sich die EU-FinanzministerInnen allerdings noch nicht einigen.

Auch diskutiert wurde eine gemeinsame EU-Liste der nicht kooperativen Steuerhoheitsgebiete (sog. „blacklist“).

Konkrete Schlussfolgerungen sollen hierfür im Dezember angenommen werden. Ebenfalls erörtert wurden Vorschläge zur Verstärkung der Finanzmarktaufsicht und zur Förderung der Kapitalmarktintegration. Schließlich hat der Europäische Rechnungshof seinen Jahresbericht über die Verwaltung des EU-Haushalts vorgelegt, auf dessen Grundlage über die Entlastung für den Haushalt 2016 entschieden wird. Auf der Tagesordnung standen ferner die Schlussfolgerung zu EU-Statistiken sowie die Herbsttagungen der G20 und des IWF.

[Mehr Informationen](#)



## Rat Landwirtschaft und Fischerei u.a. über handelsbezogene Agrarfragen

**Am 6. November trafen die EU-LandwirtschaftsministerInnen beim Rat für Landwirtschaft und Fischerei aufeinander. Sie berieten über handelsbezogene Agrarfragen, den nachhaltigen Einsatz von Pestiziden und eine nachhaltige Bodenbewirtschaftung.**

Zunächst wurden die MinisterInnen von der Kommission über den Stand der handelsbezogenen Agrarfragen informiert (insbesondere über die Verhandlungen mit Mexiko, Mercosur und WTO). Die MinisterInnen äußerten dabei ihre Besorgnis über mögliche Auswirkungen auf empfindliche landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Rindfleisch, Ethanol und Zucker.

Hinsichtlich nachhaltiger Bodenbewirtschaftung erörterte der Rat, wie das gegenwärtig hohe Niveau der landwirtschaftlichen Produktion aufrechterhalten werden kann, während gleichzeitig sichergestellt wird, dass Böden nachhaltig bewirtschaftet werden. Die MinisterInnen befassten sich mit dem Problem der Bodenversiegelung und dem

Verlust landwirtschaftlich genutzter Flächen. Diesbezüglich erkannten sie, dass Lösungen v.a. von nationalen Besonderheiten abhängen. Allerdings sollte der Austausch bewährter Verfahren gefördert werden.

Zuletzt unterrichtete die Kommission den Rat über die Ergebnisse ihres [Berichts über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden](#). In der anschließenden Debatte tauschten sich die LandwirtschaftsministerInnen über Maßnahmen aus, um die Ziele der [Richtlinie zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden](#) zu erreichen.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## Künftige GAP ohne große Veränderungen

**Am 29. November soll die offizielle Mitteilung von EU-Agrarkommissar Phil Hogan über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2020 veröffentlicht werden. Ein Entwurf des Papiers ist bereits an die Öffentlichkeit gelangt.**

Demnach setzt Hogan auf eine starke Vereinfachung der GAP durch Entbürokratisierung. Er will eine GAP, die sich den Herausforderungen im Umwelt- und Klimabereich stellt und den technologischen Fortschritt unterstützt.

Aufgrund der besonderen Funktion der GAP, die Ernährungssicherheit in der EU zu gewährleisten, und der Tatsache, dass die GAP harten Rahmenbedingungen, wie Wetter

oder volatilen Märkten, ausgeliefert ist, sei die Landwirtschaft anders als andere Industriesektoren zu behandeln. Hogan beabsichtigt deshalb das Fortbestehen der pauschal auf die Fläche ausgezahlten Direktzahlungen. Zudem spricht Hogan davon, dass die Mitgliedstaaten der EU größere nationale Spielräume in der Umsetzung der GAP erhalten sollten.

[Mehr Informationen](#)

## Bericht über Wirksamkeit des EU-Globalisierungsfonds

**Am 31. Oktober veröffentlichte die Kommission einen Bericht über die Ergebnisse des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) in den Jahren 2015 und 2016. Der Bericht unterstreicht die Vorzeigerolle des Fonds für die europäische Solidarität.**

Freier Handel mit dem Rest der Welt ist insgesamt förderlich für Wachstum und Beschäftigung, kann jedoch auch Arbeitsplätze kosten. Davon betroffen sind v.a. geringqualifizierte Arbeitskräfte und krisenanfällige Branchen.

Vor diesem Hintergrund wurde der EGF eingerichtet, der Betroffenen bei der Anpassung an sich verändernde Handelsstrukturen helfen soll. Aus dem EGF werden konkrete Maßnahmen finanziert, mit denen entlassene Arbeitskräfte ihre

Beschäftigungsfähigkeit steigern bzw. leichter einen neuen Arbeitsplatz finden können.

Im Zeitraum 2015-2016 hat der EGF rund 19.500 ArbeitnehmerInnen unterstützt. Fast die Hälfte (9072 ArbeitnehmerInnen) hatten am Ende des Durchführungszeitraums der Maßnahmen (d.h. nach einem Jahr) einen neuen Arbeitsplatz gefunden oder sich selbstständig gemacht.

[Mehr Informationen](#)



## Tag der Lohngleichheit

Anlässlich des Europäischen Tags der Lohngleichheit am 3. November gaben Vizepräsident Frans Timmermans, Kommissarin für Arbeit und Soziales Marianne Thyssen und Justiz-Kommissarin Věra Jourová eine gemeinsame Erklärung ab. Sie betonten, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern - auch beim Lohn - ein Grundwert der EU ist.

Heute liegt der durchschnittliche Stundenlohn von Frauen in Europa um 16,3% unter dem von Männern. Der Europäische Tag der Lohngleichheit steht für den Zeitpunkt, ab dem Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen faktisch nicht mehr bezahlt werden, und das fast zwei Monate vor Jahresende.

In ihrer Erklärung hoben die Kommissionsmitglieder hervor, dass Frauen häufig in weniger gut bezahlten Branchen arbeiten, seltener befördert werden und in Führungspositionen unterrepräsentiert sind. Des Weiteren haben Einzelternhaushalte mit

Frauen als Alleinverdienerinnen ein höheres Armutsrisiko und sind entsprechend benachteiligt.

Vor diesem Hintergrund soll in wenigen Wochen ein Aktionsplan zur Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles vorlegt werden. Dadurch sollen laufende Aktionen beschleunigt (z.B. der [Kommissionsvorschlag zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben](#)) und neue Maßnahmen vorgestellt werden.

[Mehr Informationen](#)



# Sonstiges

## EU-Reaktionen zu „Paradise Papers“

Am 5. November veröffentlichten [Journalisten des International Consortium of Investigative Journalists \(ICIJ\)](#) weltweit gleichzeitig die sog. „[Paradise Papers](#)“. Diese knüpfen an jüngste Medienenthüllungen wie die „Panama Papers“ an und zeigen erneut, wie manche Personen durch Firmenkonstruktionen in Steueroasen fast keine Steuern zahlen.

Als Reaktion wurde seitens des [Europäischen Parlaments](#) vorgebracht, dass diese Veröffentlichungen nur die Spitze des Eisbergs seien. Die neuesten Recherche-Ergebnisse würden deutlich machen, dass die im [Berichtsentwurf über die Untersuchung von Geldwäsche, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung](#) genannten Verbesserungsvorschläge rasch angenommen werden müssen. Insbesondere die laufenden Arbeiten an den gemeinsamen europäischen schwarzen Listen für Steueroasen und Geldwäsche-Länder samt wirksamen Sanktionen müssen beschleunigt werden.

Die [Kommission](#) betonte in diesem Zusammenhang die maßgebliche Rolle von

SteuerberaterInnen. Sie forderte eine schnelle Umsetzung ihrer [Vorschläge vom 21. Juni 2017 über neue Transparenzvorschriften für Intermediäre im Bereich der Steuerplanung](#). Auch [Finanzminister Hans Jörg Schelling](#) gab im Rahmen des Treffens der Euro-Gruppe am 7. November eine Stellungnahme dazu ab. Seiner Ansicht nach sei in der Zwischenzeit zwar viel getan worden (d.h. insbesondere die Umsetzung von OECD-Regeln), aber offensichtlich noch nicht genug. Daher sollten die getroffenen Maßnahmen verstärkt werden.

[Mehr Informationen](#)

## Bericht warnt vor Gesundheitsgefahren des Klimawandels

**Bereits heute beeinflusst die globale Klimaerwärmung unsere Gesundheit. Zu diesem Ergebnis kommt die Lancet-Kommission in ihrem [Bericht](#) zum Klimawandel.**

Die ForscherInnen aus 24 Organisationen warnen außerdem vor der Gefahr, dass sich die globale Gesundheitsversorgung wieder verschlechtern könnte, wenn die Bekämpfung des Klimawandels und das Pariser Klimaabkommen nicht ernster genommen werden.

Da der Klimawandel die Anzahl der wetterbedingten Naturkatastrophen ansteigen lässt, kommt es zu Todesfällen und enormen wirtschaftlichen Schäden. Aufgrund zunehmender Hitzewellen leiden immer mehr

Menschen an gesundheitlichen Folgen. Auch die Arbeitsproduktivität sank zwischen 2000 und 2016 um 5,3%, da es in Ländern des globalen Südens an manchen Tagen zu heiß war, um im Freien zu arbeiten. Milliarden Menschen sind des Weiteren von der zunehmenden Luftverschmutzung betroffen, die allein 2015 über 800.000 vorzeitige und vermeidbare Todesfälle in 21 asiatischen Ländern verursachte.

[Mehr Informationen](#)



## Erzeugerpreise in der Industrie um 0,6% gestiegen

Im September 2017 stiegen die Erzeugerpreise in der Industrie gegenüber August 2017 sowohl im Euroraum (ER19) als auch in der EU28 um 0,6%, laut Schätzungen von Eurostat, dem statistischen Amt der Europäischen Union.

Im August 2017 waren die Preise im Euroraum um 0,3% und in der EU28 um 0,4% gestiegen. Gegenüber September 2016 erhöhten sich die Erzeugerpreise in der Industrie im September 2017 im Euroraum um 2,9% und in der EU28 um 3,3%.

Im ER19 ist der Anstieg darauf zurückzuführen, dass die Preise im Energiesektor um 1,5%, für Vorleistungsgüter

(d.h. Erzeugnisse, die überwiegend im Produktionsprozess verbraucht werden) um 0,4% und für Gebrauchsgüter um 0,2% gestiegen. In der EU28 sind die Preise im Energiesektor um 2,0%, für Vorleistungsgüter um 0,4%, für Gebrauchsgüter um 0,2% und für Verbrauchsgüter um 0,1% stiegen.

[Mehr Informationen](#)

## Gutachten über den Abbau von Antibiotikaresistenz

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) sowie das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) haben zusammen ein wissenschaftliches Gutachten verfasst. In diesem werden Indikatoren genannt, die den Mitgliedstaaten als Orientierungshilfe für die Bewertung ihres Fortschritts hinsichtlich der Reduzierung des Verbrauchs antimikrobieller Mittel und der Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen dienen sollen.

Eine Reihe von Indikatoren soll die EU-Mitgliedstaaten dabei unterstützen, ihre Fortschritte bei der Reduzierung des Verbrauchs antimikrobieller Mittel und der Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen zu erkennen. Diese Indikatoren wurden auf Ersuchen der Europäischen Kommission von den drei eingangs erwähnten EU-Agenturen ermittelt.

Die Indikatoren beziehen sich sowohl auf den menschlichen als auch auf den tierischen Bereich und spiegeln Antibiotikaverbrauch und -resistenz im ambulanten Sektor, in Krankenhäusern und bei zur

Lebensmittelerzeugung genutzten Tieren wider. Die Indikatoren basieren auf Daten, die bereits in den bestehenden EU-Monitoring-Netzwerken erhoben werden.

Das Gutachten ist das Ergebnis einer engen Kooperation zwischen den drei Behörden, die auf ihre spezifischen Erkenntnisse und Daten aus der Überwachung von Antibiotikaresistenz und Antibiotikaeinsatz bei Mensch und Tier zurückgreifen konnten.

[Mehr Informationen](#)



# In eigener Sache

## Besuch von Wirtschaftsdelegation und Standortagentur Tirol



Am 6. November waren eine Wirtschaftsdelegation unter der Leitung von Landesrätin Patrizia Zoller-Frischauf und Vertreter der Standortagentur Tirol zu Besuch in der Gemeinsamen Vertretung der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino. Dr. Richard Seeber diskutierte mit ihnen über die Auswirkungen der EU auf den Wirtschaftsstandort Tirol. Wirtschaftsdelegierte Mag. Martina Madeo, Leiterin des AußenwirtschaftsCenters Brüssel der Wirtschaftskammer Österreich, berichtete der Gruppe über Chancen für Tiroler Unternehmen in Belgien.





## Filmvorführung "Zersplitterte Nacht" auf Einladung des Österreichischen Kulturforums Brüssel und des Landes Tirol



Auf Einladung des Österreichischen Kulturforums Brüssel und des Landes Tirol zeigten der österreichische Regisseur Hermann Weiskopf und der Drehbuchautor Peter Mair am 6. November ihren Film „Zersplitterte Nacht. 09. November 1938, als die Nacht am kältesten war...“. Der Film beleuchtet die Geschichte zweier Schüler, die für die Matura die Ereignisse der Pogromnacht 1938 in Innsbruck rekonstruieren. Im Mittelpunkt steht die Ermordung des Vorstands der Israelitischen Kultusgemeinde, Ing. Richard Berger.

Bei der Filmvorführung in Brüssel waren neben Richard und Andrew Benson, die Enkel von Ing. Richard Berger, Regisseur Hermann Weiskopf und Drehbuchautor Peter Mair anwesend. Der Präsident der israelitischen Kultusgemeinde von Tirol und Vorarlberg, Günter Lieder, nahm ebenso als Ehrengast teil.



# Ihre Stimme in Europa

## Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

### Faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft

Steuern

26 Oktober 2017 - 3 Januar 2018

### Öffentliche Konsultation über elektronische Dokumente für den Güterverkehr

Verkehr

25 Oktober 2017 - 18 Januar 2018

### Öffentliche Konsultation über einen breiteren Zugang zu zentralen Bankkontenregistern für Strafverfolgungsbehörden

Grenzen und Sicherheit

17 Oktober 2017 - 9 Januar 2018

### Öffentliche Konsultation zu Europeana, der digitalen EU-Plattform für das Kulturerbe

Digitale Gesellschaft

17 Oktober 2017 - 14 Januar 2018

### Öffentliche Konsultation zu ergänzenden Schutzzertifikaten (SPC) und patentrechtlichen Forschungsprivilegien

Binnenmarkt, Unternehmen und Industrie, Forschung und Innovation, Öffentliche Gesundheit

12 Oktober 2017 - 4 Januar 2018

### Öffentliche Konsultation zur Bewertung und Überprüfung des EU-Systems zur Kennzeichnung von Reifen

Energieeffiziente Produkte

10 Oktober 2017 - 8 Januar 2018

### Öffentliche Konsultation zu Spezifikationen für kooperative intelligente Verkehrssysteme

Mobilität und Verkehr

10 Oktober 2017 - 5 Januar 2018

### Öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors (PSI-Richtlinie)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft



# Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

<u>Umwelt</u>			
Umweltverschmutzung, Gesundheit, Innovation, Nachträglichkeit	<a href="#">Materials for clean air</a>	23.01.2018	€ 3.000.000
Saubere Motoren, Emission, Biokraftstoffe, Ingenieurwesen	<a href="#">HORIZON PRIZE - CLEANEST ENGINE OF THE FUTURE</a>	20.08.2019	€ 3.500.000

## Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

---

### Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU  
Rue de Pascale 45-47  
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00  
Fax: 0032 2 742 09 80  
E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)  
Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:  
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber  
Patrick Raschner

---

### Abbildungsverzeichnis

[https://pbs.twimg.com/media/DN8c5\\_3W0AAotgf.jpg](https://pbs.twimg.com/media/DN8c5_3W0AAotgf.jpg)

[https://ec.europa.eu/germany/sites/germany/files/img/news/picture\\_58a\\_0.jpg](https://ec.europa.eu/germany/sites/germany/files/img/news/picture_58a_0.jpg)